

03.05.2010

Wetten dass, ...

Eigentlich ist das Thema „Wetten, dass ...“ auf nationaler Ebene für Thomas Gottschalk reserviert. Und dabei ist klar: es ist eine unterhaltsame Show mit etwas Nervenkitzel bei überschaubarem Einsatz. Neuerdings wird über „Wetten“ auf nationaler und internationaler Ebene von ganz anderen Akteuren gesprochen. Ein sichtlich um staatsmännische Souveränität bemühter Finanzminister erklärt der Nation die „Wette“, die im Augenblick am Laufen ist. Eine Wette mit einem ungeheuren, kaum fassbaren Einsatz. Die Märkte, so erklärt Wolfgang Schäuble, wetten mit uns – damit meint er die Staatengemeinschaft der EU - um den Staatsbankrott Griechenlands. Und, so versichert er gequält optimistisch: wir werden diese Wette gewinnen.

Bei dieser „Wette“, falls man das Wort für diesen unglaublichen Vorgang überhaupt bemühen will, geht es um nicht weniger als das Überleben der Volkswirtschaft Griechenlands, vielleicht bald auch Spaniens, Portugals, Irlands, es geht letztlich um die Stabilität des Euros und der Euro-Zone. Wie, so kann man sich fragen, ist es nach der Finanzkatastrophe – immer noch oder schon wieder - möglich, dass so etwas geht. Wer sind diese ominösen „Märkte“, monsterartige Wesen, die sich als Wettgegner nun sogar gegen ganze Volkswirtschaften und gegen die Staatengemeinschaft der EU verschwören?

Seit Jahren hat Griechenland – auch mit Hilfe von Banken - geschönte Statistiken geliefert und das Ausmaß seiner Verschuldung verschleiert. Dass die Rating-Agenturen nichts davon gemerkt haben, darf man glauben oder nicht. Banken haben jedenfalls lukrative, weil gut verzinste Staatsanleihen in großem Stil gekauft – die Hypo-Real Estate etwa, für die unser Staat mit 50 Milliarden einspringen musste, hält fast 10 Milliarden an Staatspapieren. Die Commerzbank, für die unser Staat auch einspringen musste, hält etwa 4 Milliarden an Papieren. Geht Griechenland pleite, bekommt niemand mehr Geld für die Ramschpapiere. Die ominösen Märkte – und das ist die Wette stark vereinfacht gesagt – wetten nun, dass die Staatengemeinschaft Griechenland nicht hängen lässt und die Milliarden locker machen, die sie selbst dann kassieren. Und da mag sich ein Finanzminister schon fragen, ob es nicht von vornherein besser ist, man stützt Griechenland und die halbstaatliche Hypo und die halbstaatliche Commerzbank bekommen ihr Geld über diesen Weg oder der Staat muss wieder unter die Arme greifen. Es ist die Bankrott-Erklärung einer Politik, die zum Spielball der Märkte geworden ist. Sie selbst hat diese Märkte von allen sozialen und moralischen Fesseln befreit und ist auch nach dem Desaster der Finanzkrise nicht bereit, das zu tun, was sie angekündigt hat: für Regeln am Markt zu sorgen. Arbeit geht vor Kapital. Und: Eigentum verpflichtet. So steht es in den Papieren der Soziallehre. Zwei einfache Sätze, die viel Wahrheit enthalten. Wann wird die Politik daraus lernen? Vielleicht nie – denn die Geisterfahrt zahlen immer dieselben: die Bürgerinnen und Bürger. Es wäre an der Zeit, dass sich die Kirchen mal wieder aus dem Fester lehnen und – gemeinsam mit den Menschen – die Politik daran erinnern, dass sei gewählt worden ist, um Schaden vom Volk abzuwehren – und nicht Schaden von den Banken.